

PROGNOSTIK UND DESASTER

Georg Simmerl / Joseph Vogl



22

Unvorhergesehenes geschieht – und bietet jedes Mal wieder den besten Anlass, das Gewesene zu bekräftigen, alte Besitzstände zu verteidigen und durchschlagende gesellschaftliche Veränderungen zu verhindern. Jüngst wurde – entgegen aller Prognosen – eine twitternde Medienkreatur zum US-Präsidenten gewählt. Im Moment des Schocks wollte man darin das Ende des ›Liberalismus‹ erkennen, schließlich schien sich nun eine Rhetorik des Protektionismus, der Abschottung und der Systemkritik durchgesetzt zu haben.

Doch als die Börsen nicht zusammenbrachen, sondern in euphorische Wallung gerieten, ging man schnell wieder zum Normalbetrieb über. Die Übergabe der Regierungsgewalt erfolgte ohne größeren Widerstand, dieselben Meinungsforschungsinstitute, die dem Kandidaten zuvor noch jede Siegeschance abgesprochen hatten, maßen bald rasant steigende Zustimmungswerte – und die Regierungsmannschaft des selbstproklamierten »Anti-Establishments« bestand dann doch wieder aus ehemaligen Goldman-Sachs-Mitarbeitern und ähnlichen Vertretern der Plutokratie, deren Innovationspotential allenfalls im Versprechen liegt, Kapitalinteressen nun mit der Aktivierung von Ressentiments und Rassismen effizient zu verknüpfen.

Nicht nur, weil bei der Wahl in den Vereinigten Staaten prognostische Verfahren gerade durch ihr Scheitern das Desaster mitherbeiführten, um im Anschluss in eklektischen Absicherungsbemühungen überkommener Glaubenssätze zu münden – die Marktkräfte werden eh alles heilen –, verweist diese Wahl zurück auf die globale Finanzkrise und deren Verhandlung in den

Wirtschaftswissenschaften. Diese Krise war in verschiedener Hinsicht eine unabdingbare Vorbedingung für den Sieg Trumps – ohne die ihr folgende wirtschaftliche Depression, ohne die wachsende soziale Ungleichheit und ohne die Abwehrreaktionen, mit denen das gegenwärtige Finanzregime durch die Krise hindurch sein Bestehen sicherte, ist Trump nicht zu begreifen.

Durch ihn wird jetzt nur jenes autoritäre Antlitz des Liberalismus immer deutlicher kenntlich, auf das schon die intellektuelle Beantwortung der Krise und ihr ›Management‹ einen ersten Blick erhaschen ließen. Als das unhintergehbare Herrschaftssystem unserer Gegenwart könnte der Liberalismus auch nicht durch eine beliebige Wahl an sein Ende gebracht werden. Schließlich sortieren sich in ihm unter der Aufsicht des internationalen Finanzkapitals gerade in Krisensituationen Regierungskünste und Kritikformen neu: Schwindende Toleranzen gegenüber erodierenden Sozialstandards und eskalierende Ungleichheit wurden erfolgreich in rabiate Exklusionsbedürfnisse (gegen Migranten, Asylbewerber etc.) transformiert, um sicherzustellen, dass die alte Reichumsverteidigungspolitik auch in Zukunft bewahrt, befestigt und verschärft werden kann. Was 2008 vorübergehend am Ende schien, prognostiziert sich selbst nun wieder glänzende Aussichten.

In der Verarbeitung der Finanzkrise durch das ökonomische Regierungswissen des Liberalismus wurden dessen Beharrungskräfte im Angesicht unerwarteter Ereignisse mehr als deutlich. Gerade weil Wirtschaftskrisen mit den theoretischen Grundprämissen der Wirtschaftswissenschaften nie vereinbar waren, haben sie in ihrem Wissen stets einen notwendig kritischen Ort eingenommen. Als das Weltfinanzsystem im Jahr 2008 für den wirtschaftswissenschaftlichen ›mainstream‹ völlig unerwartet zusammenbrach, musste daher einiger argumentativer Aufwand betrieben werden, um dieses Ereignis in das etablierte Sprachspiel aufnehmen und die fragwürdig gewordene Prognosefähigkeit der Disziplin weiter behaupten zu können. Man beschuldigte die Praxis einzelner Wirtschaftsakteure, sich nicht an die Vorgaben der Theorie gehalten zu haben, man hielt trotz allem an der ›Vernunft‹ der gemachten Prognosen fest, schließlich hätten sie die Daten und die Mehrheitsmeinung auf ihrer Seite gehabt. Oder man zog sich schlichtweg, wie der Nobelpreisträger Robert Lucas, auf die Behauptung zurück, dass die Modelle der Makroökonomie niemals das Ausbleiben der Krise vorausgesagt hätten, sondern nur, was im Falle ihres Ausbleibens zu erwarten sei.

Stellvertretend für solche intellektuellen Beschwerden hatte bereits das Jahresgutachten 1995 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland eine grundsätzliche Bemerkung zum Status von ökonomischen Prognosen überhaupt versucht. Es heißt dort: »Auch dann, wenn die Prognosen durch die Entwicklung im Nachhinein nicht bestätigt werden, folgt daraus nicht, dass sie von Anfang an wertlos waren. Prognosen sind vor allem dazu da, um mögliche Fehlentwicklungen

aufzuzeigen, die in einer Entwicklung, die man für die wahrscheinlichste hält, angelegt sind. Die aus der Prognose [...] abgeleiteten Schlussfolgerungen für die Wirtschaftspolitik werden nicht schon dadurch hinfällig, dass sich die Prognose später nicht bestätigt hat. Das gilt auch für unsere Prognose im letzten Jahr. [...] [Denn vielleicht] hat die Prognose [...] etwas Gutes bewirkt und dazu beigetragen, dass die Entwicklung besser verlaufen ist.« Solche Verteidigung nennt man Sophismus. Sie erinnert an das Plädoyer eines Mannes, der angeklagt war, einen ausgeliehenen Kupferkessel in schadhaftem Zustand zurückgegeben zu haben. Erstens habe er nie einen Kessel entlehnt, zweitens sei der Kessel schon durchlöchert gewesen, als er ihn entlehnte, und drittens habe er ihn unversehrt zurückgebracht. Nach Freud fällt diese Verteidigung ins Register jener Wunscherfüllungen, die den Satz vom Widerspruch ignorieren. Übertragen bedeutet das: Erstens haben wir keine wirkliche Prognose abgegeben, zweitens gab es keine bessere; und drittens hat gerade die falsche Prognose das Richtige bewirkt.

24

Auch wenn es inzwischen vereinzelte Advokaten des Teufels gibt, die den Theoriebau makroökonomischer Orthodoxie anzweifeln, scheint daher die Haltbarkeit wirtschaftsprognostischer Ansprüche über alle Fehlschläge und Widerlegungen hinweg auf einen essentiellen Kern ökonomischer Theoriebildung zu verweisen, auf eine dogmatische Substanz, deren Verteidigung sogar zur Zurückstellung methodischer und logischer Bedenken führt. Dies verwundert umso weniger, wenn man das szientifische Selbstverständnis der Ökonomik in Rechnung stellt und vermerkt, dass spätestens seit den 1960er Jahren fast alle Makroökonomen und Finanztheoretiker ihre Karrieren damit verbrachten, mehr oder weniger deterministische Modelle zu entwickeln, die zum Angelpunkt der ökonomischen Analyse (und reihenweise mit Nobelpreisen prämiert) wurden. Diese Modelle unterstellen, dass Marktveränderungen und deren Folgen vorhergesehen werden können, dass man sich mit ihnen einen Überblick über Preisbewegung und Risikoverteilung in vergangenen, gegenwärtigen und künftigen Prozessen verschaffen kann.

Die Übersetzung ökonomischer Daten in die integrierbaren Systeme deterministischer Modelle leistet die Darstellung einer Welt, die weder Einbrüche noch Sprünge kennt. Der Vorzug des mathematischen Formalismus korrespondiert mit der theoretischen Annahme, dass das System selbst regelhaft, homogen, stetig und somit ausgleichend funktioniert und einer Normalverteilung zustrebt. Die obskuren Kräfte der Zeit und der Geschichte werden besiegt; Ungewissheit kann eliminiert oder beherrscht werden. Das Ende der Geschichte – diese Hoffungsfigur der 1990er Jahre – ist einprogrammiert.

Dennoch stellte sich unweigerlich die Frage, wie sich die Doktrin vom Gleichgewicht auf dynamische Vorgänge, auf Unregelmäßigkeiten, historische Ungewissheiten, Krisen oder Konjunkturzyklen anwenden lässt. Obwohl diese Frage zu den kritischsten Momenten moderner Ökonomik und ihrer

prognostischen Reputation gehört, haben sich ihre Antworten zumeist darauf beschränkt, ökonomische Fluktuationen und historische Veränderungen exogen zu begründen, durch Faktoren außerhalb der als geschlossenes System imaginierten Wirtschaft. Für eine obskure Sternstunde dieser Argumentationsform sorgte William Jevons, Mitbegründer von Neoklassik und mathematischer Ökonomik, als er den Versuch unternahm, Konjunkturschwankungen kosmologisch zu begründen. Aus Beobachtungen der sich in Sonnenflecken ausdrückenden zyklischen Sonnenverdunklung schloss er auf deren meteorologische Effekte, daraus auf das Auf und Ab der Getreideernten, um daraus wiederum eine vermeintliche Erklärung für ansonsten unerklärliche Preisschwankungen zu gewinnen.

Weil man noch Jahrzehnte lang mit allem Forschungseifer das gesamte statistische Arsenal aufbot, um an einer Erfassung von manifesten Turbulenzen, Krisen oder Wirtschaftszyklen zu scheitern, sollte das Verhältnis von Gleichgewichtstheorie und empirisch aufweisbarer Gleichgewichtsstörung bald wesentlich dezenter elaboriert werden. Wie der Vordenker des Neoliberalismus Friedrich August von Hayek in dem berühmten Aufsatz »Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren« von 1968 schreibt, kann die Gültigkeit einer Markttheorie gerade »für jene Fälle, in denen sie interessant ist, nie empirisch nachgeprüft werden«. Ihre methodische Eigenart liegt darin, dass sie sich nur durch eine Absage an jede empirische Bestätigung wirklich bewähren kann. Sofern sich nämlich der Markt – also Wettbewerb und Konkurrenz – dadurch auszeichnet, dass Akteure in schwach definierten Situationen mit unerwarteten Aktionen unvorhersehbare Ereignisse produzieren, macht der Begriff der Marktordnung nur Sinn, wo er sich nicht an empirischen Einzelfällen überprüft und eben damit die Offenheit von Wettbewerbsverfahren meint. Niemand weiß, wer wie wo und womit im Wettbewerb gewinnen oder verlieren wird. Das bedeutet, dass eine ökonomische Theorie der Konkurrenz zwar keine konkreten Aussagen über die Zukunft besonderer Ereignisse und Zuteilungen, aber Aussagen über die Art der im Wettbewerb entstehenden Strukturen und Ordnungsmuster treffen kann – der artistische Versuch, die wahrsagende Kraft des Marktes angesichts unvollständigen Wissens zu retten.

Ganz im Sinn der unsichtbaren Hand bei Adam Smith funktioniert der ausgleichende Mechanismus von Markt und Wettbewerb nur unter der Bedingung, dass kein Subjekt, kein Mitspieler, kein Politiker, kein Ökonom den Ort des Überblicks besetzt. Das Wissen über die Totalität der Marktprozesse liegt nicht bei diesem oder jenem Beobachter, sondern allein in der »Überlegenheit der Marktordnung« selbst, wie Hayek schließlich in seiner Nobelpreisrede proklamierte. Gerade weil die ökonomische Wissenschaft dadurch in eine narzisstische Kränkung versetzt wird, muss sie an der Behauptung festhalten, dass alles Zukunftswissen im Megasubjekt des Marktes kompiliert ist. Er allein verdient unser Vertrauen.

Insofern wurde aber auch Hayek schon von der dumpfen Ahnung beschlichen, dass die ökonomische Prognostik seit jeher vor einer unbequemen Aufgabe stand: Mit Modellen, die konkrete Aussagen über ungewisse Zukünfte ausschließen, sollte ein konkretes Wissen über diese Zukünfte produziert werden. Bereits in den 1920er Jahren hatte Oskar Morgenstern, der spätere Mitbegründer der Spieltheorie, in einer Untersuchung über Wirtschaftsprognostik die doppelte – technische wie theoretische – Unmöglichkeit behauptet, diese Aufgabe erfüllen zu können. Einerseits fügen sich nämlich ökonomische Ereignisse nicht den statistischen Verfahren, die mit der Analyse von Häufigkeiten bestimmte Wahrscheinlichkeiten voraussagen können, wie das etwa zum Zweck der Versicherung von Autounfällen, Wohnungsbränden oder Krankheiten geschieht. Anders als in diesen Fällen, in denen die einzelnen Ereignisse unabhängig voneinander passieren und darum in einer Verhältniszahl angeschrieben werden können, sind ökonomische Ereignisse wie Preise und Preisschwankungen durch Zeitreihen miteinander verknüpft. Veränderungen bewirken Veränderungen; ökonomische Ereignisse fordern Anpassungsreaktionen heraus. Die statistische Analyse – schreibt Morgenstern – verfehlt die empirische »Zeitqualität« des ökonomischen Geschehens und ist für Prognosen schlicht »unbrauchbar«.

26

Andererseits wird die ökonomische Prognostik von einer theoretischen Paradoxie heimgesucht. Wird etwa auf Grund bestimmter Wahrscheinlichkeiten ein Preisverfall auf diesen oder jenen Märkten prognostiziert, so fordert gerade dieses prognostische Wissen Resonanzen heraus. Das führt also entweder dazu, dass das prognostizierte Ereignis nicht eintritt (durch Veränderungen in Angebot und Nachfrage); oder schlimmer noch, die Prognose löst – wie auf Finanzmärkten – eine Kaskade von Verkäufen aus und manifestiert sich als Destabilisierung des Systems. Anders als in der Astronomie oder in der Meteorologie ist die ökonomische Prognose mit dem ökonomischen Geschehen rückgekoppelt und wird durch Antizipationen zwangsläufig annulliert. Sie zerstört ihre theoretische Basis und verfehlt ihre eigene Wahrheit aus Prinzip. Wirtschaftsinstitute, folgerte Morgenstern, üben sich in trüben »Dilettantismen« und sollten auf selbstbewusste Prognosen verzichten.

Die ökonomische Analyse müsste sich also eingestehen, dass die prästabilierte Harmonie idealer Märkte nur einen beschränkten Erklärungswert hat und schon gar keine prognostische Potenz birgt. Gerade das, was man heute »entfesselte« Finanzmärkte nennt, bietet keinen Schauplatz, auf dem Effizienz, perfekter Wettbewerb oder ausgleichende Preismechanismen den Gang des Geschehens diktieren. Im Gegenteil: Man hat es mit einem dichten Konglomerat aus rechtlichen und administrativen Regeln zu tun, die im Verein von staatlichen, internationalen und privaten Organisationstypen durchgesetzt wurden und ein enges Netz aus Zugangsschwellen, Konzentrationen, Privilegien, Exklusionen und Abhängigkeiten hergestellt haben. Hier wie in anderen Fällen

stellt sich nicht die Frage, ob Märkte reguliert werden sollten oder nicht; es geht allein darum, wie, zu welchem Zweck und zu wessen Nutzen das Regelsystem funktioniert.

So sehr die einzig sichere Prognose auf dem Gebiet der Wirtschaft das Scheitern von Prognosen ist, so sehr hat die Fixierung auf spontane und natürliche Marktordnungen den Blick dafür verstellt, dass es sich in der ökonomischen Wissenschaft stets darum handelt, welche Interessen mit welchen Gründen gegen welche Widerstände Priorität genießen. Die übliche Zuflucht zu jenen markttreuen Determinismen, die etwa einen mechanischen Zusammenhang zwischen Staatsquote und Wachstum, Preisniveau und Geldmenge, Wettbewerb und Gemeinwohl, Lohnverzicht und Beschäftigung unterstellen, verhehlt nur die Macht des darin verkörperten Entscheidungspotentials. Und das bedeutet schließlich: Mit der Absage an den Gleichgewichtsautomatismus des Marktes wird die Ökonomik wieder zu jenem umkämpften Feld, das sie immer schon war und auf dem sich ökonomische Erkenntnisweisen nicht von der Definition politischer Zielsetzungen abtrennen lassen.

Marktgeschehen und ökonomische Wissenschaft finden sich also gemeinsam im unbequemen Immanenzfeld der Geschichte wieder. Obwohl (oder gerade weil) dieser Umstand nicht von ihrer epistemologischen Grundverfassung anerkannt wird, hat sich die liberale Wirtschaftstheorie im umkämpften Verlauf der Krise seit 2008 als besonders durchsetzungsfähig erwiesen: Argumentative Winkelzüge haben trotz aller Fehlschläge ihre prognostischen Kapazitäten bekräftigt, die Verankerung in den Regierungsapparaturen stellt fortlaufend ihre Realitätseffekte sicher. Der Kulturkritik gelang es bislang einzig, dieses »befremdliche Überleben« (Colin Crouch) zu konstatieren.

Da nun ein neuer US-Präsident mit markigen Sprüchen im Duktus der Protektion die Bühne der Geschichte betritt, muss daran erinnert werden, dass Liberalismus, autoritäre Herrschaftsgesten und Nationalisierung niemals einen Widerspruch dargestellt haben. Schon seit Adam Smith ist die Nation eine zentrale, aber selten explizierte Denkkategorie des Liberalismus. Und jenseits theoretischer Traktate hat auch das Drama um die Durchsetzung von Gläubigeransprüchen gegen die Bedürfnisse der Bevölkerung in den Ländern der Euro-Krise, das monatlich mit einer Fortsetzung droht, eindrücklich gezeigt, dass der Liberalismus stets äußerst kompromissfähig ist, wenn es darum geht, das Wirtschaftsgeschehen von Kapitalinteressen her zu denken und liberale Grundsätze mit autoritären Mitteln durchzusetzen. Gerade an der Tatsache, dass die neue US-Administration von den Folgen der Finanzkrise ins Amt gebracht wurde, aber dennoch auf die bewährten Rezepturen und die notorischen Vertreter der Finanz schwört, ist die vorübergehende Illusion einer Allianz von Kapitalismus und Demokratie endlich zerbrochen. Demokratische Politik wird sich nur im Widerstand gegen den autoritären Liberalismus behaupten können. ◆